



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 25 März 1882.

Nr. 143.

## Deutschland

Berlin, 24. März. Wie der „Vol. Kor.“ aus Konstantinopel unter dem 22. d. M. gemeldet wird, hat der Sultan den in türkischen Staatsdiensten stehenden deutschen Räten die Weisung erteilt, mit aller Beschleunigung einen zweiten Bericht darüber auszuarbeiten, in welcher Weise in Betreff des Verhältnisses des Souveräns zum Ministerium ein dem preussischen ähnliches Regierungssystem in der Türkei eingeführt werden könnte.

— Wie die „N.-Z.“ erfährt, sind die Ernennungen des Unterstaatssekretärs von Schlieckmann zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen und des vortragenden Raths im Ministerium des Innern, Stadt, zum Regierungspräsidenten in Königsberg definitiv erfolgt.

— Bei der gestern in Paris erfolgten Wahl der Budgetkommission hat Gambetta abermals eine eklatante Niederlage erlitten. Unter den bisher gewählten 30 Mitgliedern des aus 33 Deputirten bestehenden Ausschusses — die Ernennung von 3 Mitgliedern soll erst heute stattfinden — zählt der ehemalige Konseilspräsident im Ganzen nur 4 Parteigänger, wäh end 18 Kommissare den vom Finanzminister Leon Say unterbreiteten Vorschlägen unbedingt zustimmen und 8 andere nur gewisse Vorbehalte für notwendig erachten. Der Feldzugplan Gambetta's, anlässlich des Budgets, insbesondere anlässlich der mit den großen Eisenbahngesellschaften geschlossenen Konventionen einen entscheidenden Schlag gegen das Ministerium Freycinet Say zu führen, kann daher jetzt bereits als gescheitert gelten. Der jüngste Vorgang ist besonders deshalb charakteristisch, weil dadurch erhärtet wird, daß alle Parteigruppen der Deputirtenkammer, mit Ausnahme der von Gambetta geleiteten Union républicaine, trotz den Gegensätzen, welche sie von einander trennen, sich einig wissen, sobald es gilt, gegen den ehemaligen Konseilspräsidenten Front zu machen. Selbst Paul de Cassagnac erklärte sich im „Pays“ bedingungslos für die Wahl der dem Gouvernement genehmen Kandidaten. Wenn nun die gambettistische Presse vor wenigen Tagen noch die Kandidatur Nouvier's, des Handelsministers im Kabinett Gambetta, für die Präsidentschaft der Budgetkommission forderte, so ist diese Eventualität selbstredend nunmehr beseitigt. Dagegen wird allem Anschein nach Herr Wilson, der Schwiegersohn des Präsidenten der Republik, gewählt werden. Da das eine der elf Bureaux die Ernennung der auf dasselbe einfallenden drei Kommissare auf heute verlagert hat, konnte die Konstituierung bisher nicht erfolgen. Gambetta wird sich jedenfalls nunmehr ein anderes Kampffeld ausfinden müssen, wenn er nicht, durch die Niederlagen der letzten Zeit belehrt, vorzieht, sich endlich derjenigen Zurückhaltung zu befleißigen, die ihm seine Organe, allen voran die „Rep. fr.“, zuschreiben, während sie seltsamer Weise zugleich die heftigsten Angriffe gegen die bestehende Regierung richten.

— In zwei Sitzungen hat das österreichische Abgeordnetenhaus gestern die Wahlreformvorlage beraten; in der Tagesitzung wurde die Spezialdebatte beendet, in der Abenditzung das Gesetz in dritter Lesung mit 162 gegen 124 Stimmen angenommen; mehrere der Linken angehörige Deputirte stimmten für die Vorlage. Die Diskussion verlief in beiden Sitzungen verhältnißmäßig ruhig. Obwohl das Schicksal des Gesetzes schon vor Eintritt in die Beratung entschieden war und jedes Anfechten dagegen vergeblich erscheinen mußte, vertheilte doch die Redner der Linken jeden Fußbreit Bodens und traten namentlich energisch für die Vermehrung der Wiener Abgeordneten ein. Die einzige Konzession, zu der man sich auf der Rechten verstand, war die Annahme einer Resolution, welche die Regierung auffordert, noch in dieser Session eine Vorlage wegen Vermehrung der Abgeordneten Wiens und seiner Vororte einzubringen. Der für den Fall der Annahme der Bestimmungen über den böhmischen Großgrundbesitz angebl. in Aussicht genommene Austritt der Linken aus dem Parlament ist unterblieben.

— Aus Paris wird gemeldet, daß Graf Wolstein sich mit Barrere, dem Vertreter Frankreichs, hinsichtlich der Donaufrage geeinigt habe und die Detailfragen in den nächsten Tagen werden geordnet werden. Der alle sechs Monate zu erfolgende Wechsel der Delegirten der Commission mixte wird angenommen. Das Einverständnis der

Mächte hierüber gelte für ausgemacht; nur Rumänien werde noch Einwendungen erheben.

## Ausland

Paris, 23. März. Bei der heutigen Reception Sully-Prudhomme's der Académie française hielt die diesen begrüßende Ansprache Maxime du Camp, Verfasser der bekannten scharfschildernden Geschichte der Kommune. Die Rede war voll vieler Anspielungen und feix zugespitzter Seitenhiebe auf die Republik und die heutigen republikanischen Staatsmänner. Dieselbe, vom vornehmen Publikum der Akademie meistens sichtlich mit beifälligen Beifügen angehört, erregt in republikanischen Kreisen viel Unwillen und dürfte dem „Reaktionär“ Maxime du Camp seitens der radikalen Presse, bei der derselbe ohnehin schlecht angeschrieben ist, heftige Repressalien zuziehen.

Die Situation im Süden von Tunis scheint sich nach eingelaufenen Privatnachrichten von neuem immer ernster zu gestalten. Die Regierung soll die ihr darüber zugegangenen offiziellen Meldungen ihres beunruhigenden Charakters wegen vor der Veröffentlichung zurückhalten.

## Provinzielles

Stettin, 25. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung der vorgestrigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten fragt der Vorsitzende, Herr Dr. Woff, ob ein Widerspruch gegen die Wahl der vom Bureau vorgeschlagenen Kommissions-Mitglieder zur Vorberathung über Erwerbung des ehemaligen Festungs-Terrains erhoben würde. Herr Winkeljesser machte denselben geltend, er hob hervor, daß (nach Annahme des Dr. Dohrn'schen Antrages) der Bericht über die Thätigkeit dieser Kommission, ehe er der Versammlung vorgelegt wird, an die Finanz-Kommission zur Berathung gehen solle. Redner hält es daher für gerechtfertigt, daß schon jetzt 3 Mitglieder der Finanz-Kommission in die gemischte Kommission gewählt würden und auch die übrigen Deputationen gleichmäßig durch 2 Mitglieder vertreten wären. Er schlägt daher vor, aus der Finanz-Kommission die Herren Greffrath, Dr. Amelung und Dr. Scharlau, aus der Rechnungs-Abnahme-Deputation die Herren Burmeister und Dorfscheldt und aus der Bau-Deputation die Herren Fischer und Domke zu wählen.

Herr Saunier beantragt, die Wahl erst in nächster Sitzung vorzunehmen.

Es entspann sich hierauf eine längere Debatte zur Geschäfts-Ordnung, die damit endete, daß die sofortige Wahl vorgenommen wird. Bei derselben werden die vom Bureau vorgeschlagenen Mitglieder mit Ausnahme des Herrn Wächter gewählt, für diesen erhält Herr Burmeister die Majorität, so daß die Kommission aus den Herren Dr. Amelung, Burmeister, Dr. Dohrn, Decker, Greffrath, Graßmann, Krey, Direktor Meyer, Dr. Scharlau und Schinle besteht.

Es wird hierauf in die Berathung des Entwurfs zum Stadt-Haushalts-Etat pro 1882/1883 eingetreten. Wir unterlassen es in unserm Bericht, auf die geringfügigen Aenderungen einzugehen, wir berücksichtigen nur die größeren Anträge. Ueber dieselben referirt Herr Dr. Scharlau; derselbe hat der vom Magistrat dem Entwurf beigegebenen Einleitung wenig hinzuzufügen, er bemerkt nur, daß es allein der Ueberschuß von 1880—1881 möglich gemacht hat, den diesjährigen Etat so günstig abzuschließen. Der diesjährige Etat gestalte sich infolgedessen ungünstiger als der vorjährige, als verschiedene Einnahmen niedriger veranschlagt werden mußten, während eine Reihe von Ausgaben, namentlich für die Schul- und Armen-Verwaltung, für die Bau-Verwaltung und das Hasen-Konto erhebliche Mehrbeträge fordern.

Der Magistrat schlägt vor, für den Gasverbrauch der milden Stellungen nur den Selbstkostenpreis zu berechnen, während die Finanzkommission beantragt, die milden Stellungen wie Privatpersonen zu betrachten und den Gaszins von denselben in derselben Höhe wie bei diesen zu erheben. Die Versammlung nimmt diesen Antrag an.

Titel I. (Allgemeine Verwaltung) erfordert einen Mehrzuschuß von 2233 Mk. 3 Pf., hauptsächlich in Folge der Kosten für Herstellung eines Bollwerks am Bauhofe und vermehrte Ausgaben für die Vervollständigung der Plankammer. Bei Kap. 8 Pos. 1 (Reguliren der Uhren im Rath-

haufe) schlägt die Finanz-Kommission vor, dem Ma-

gistrat in Erwägung zu geben, ob sich nicht eine Beleuchtung der Rathhaus-Uhr ermöglichen lasse. Durch den Tod des Stadtrath a. D. Hessenland fällt die für diesen im Etat ausgeworfene Pension von 4200 Mk. aus, doch macht Herr Kammerer Schlessa darauf aufmerksam, daß den Hinterbliebenen die Pension für den Gnadenmonat ausgezahlt werden müsse, so daß nur 3815 Mark vom Etat abgesetzt werden können.

Die von Herrn Rabsow beantragte Herabsetzung der Summe bei verschiedenen Positionen wird genehmigt.

Bei Titel II. (Kirchliche Angelegenheiten) ist der Zuschuß von 397 Mk. 79 Pf. geringer als im Vorjahre. Nennenswerthe Veränderungen sind nicht anzuführen.

Titel III. (Schul-Verwaltung) verlangt einen Mehrzuschuß von 27572 Mk. 31 Pf. Die Einnahmen konnten nur um ca. 3800 Mk. höher angenommen werden, während sich die Ausgaben um ca. 30000 Mk. erhöhen. Von dem Zuschusse entfallen 17,500 Mk. auf die Zinsen für den Miethwerth des neuen Realschul-Gebäudes nebst Turnhalle, während die sonstigen Mehrausgaben durch Gehaltszulagen an die Lehrer, durch Vermehrung der Klassen in den Elementarschulen und durch die höheren Ausgaben für die Realschule nach deren Verlegung in das neue Gebäude verursacht werden.

Mit Rücksicht auf die starke Frequenz der Elementarschulen schlägt die Finanz-Kommission vor, dem Magistrat in Erwägung zu geben, ob es bei der stets steigenden Frequenz der Volksschulen nicht möglich wäre, an Herstellung neuer Schulgebäude zu denken.

Bei den Hausverwaltungskosten der Stadtschule richtet die Finanzkommission an den Magistrat die Anfrage, ob es Thatsache sei, daß die neuen Jalouisen an diesem Gebäude ungünstig auf die Augen der Kinder wirken.

Dem Schulwärter in der neuen Realschule sind für die Dienstleistungen in der Turnhalle und beim Turn-Unterricht 100 Mk. ausgesetzt, die Finanz-Kommission beantragt, von dieser Summe 50 Mk. abzusetzen. Herr Stadtbaurath Krühl empfiehlt die Beibehaltung der 100 Mk., da es sich bei dieser Stelle wesentlich anders verhalte, als bei den Schulwärterstellen an anderen Schulen. Der Schulwärter an der Realschule habe bedeutend mehr Arbeit, der Gehalt sei nicht hoch und an Nebenverdienst könne derselbe nicht denken. Nachdem auch Herr Pieß für Beibehaltung der Summe von 100 Mk. in dieser Position das Wort ergriffen, wird der Antrag der Finanz-Kommission abgelehnt.

Bei Kap. 26. Pos. 7 legt Herr Saunier dem Herrn Schulrath die Forderung für die Lehrer-Bibliotheken an's Herz. Er hält es kaum für möglich, daß für die einzelnen Elementarschulen ein Fonds zur Anschaffung von Utensilien ausgeworfen wird und glaubt, daß dadurch Ersparungen gemacht werden könnten, die er empfiehlt für die Lehrer-Bibliotheken zu verwenden.

Titel VI. (Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke) fordert einen Mehrzuschuß von 10038 Mk. 50 Pf., dieser hohe Zuschuß wird durch die für Regulirung des Jakobikirchhofs bewilligte Summe nötig.

Bei Kap. 4 beantragt die Finanz-Kommission, den Magistrat zu ersuchen, darauf zu achten, daß bei der Höhe der für Pflege der Baumpflanzungen in den öffentlichen Anlagen ausgesetzten Summe auch die Leistungen dafür in Einlang gebracht würden.

Herr Dr. Dohrn glaubt, daß über die Pflege der Baumpflanzungen keine Klage geführt werden kann, wenn auch in einzelnen Fällen dazu vielleicht ein Grund vorhanden gewesen wäre, so wäre dies auch von der Dekonomie-Deputation gerügt worden, sobald sie darüber Nachricht erhalten hätte. Unmöglich ist es, nach einem größeren Sturm, der an den Pflanzungen bedeutenden Schaden anrichtet, in einigen Tagen Abhilfe zu schaffen, dazu reichen die zu Gebote stehenden Arbeitskräfte nicht aus. Sollten einzelne Mitglieder der Versammlung Schäden an den Pflanzungen bemerken, so sei der Dekonomie-Deputation sehr gedient, wenn ihr davon sofort Anzeige erstattet wird.

Herr Tieß rügt, daß in der Deutschen Straße die jungen Bäume nach der Einpflanzung erst längere Zeit neben den Pfählen gestanden hätten, ohne angebunden worden zu sein, worauf Herr

Dr. Dohrn erwidert, daß neuangeplante Bäume nicht eher an die Pfähle gebunden werden können, als bis sich die Erde gesetzt habe.

Herr Bohm rügt einige Mißstände bei der Baumreihe in der Fürstlichenstraße und Herr Tieß bittet, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Schutzpfähle eine dem Baum entsprechende Stärke haben. Die Resolution der Finanz-Kommission wird angenommen.

Titel V (Armenpflege) erfordert einen Mehrzuschuß von 28,492 Mk. 78 Pf. Da sich die Einnahme an Beiträgen zahlender Kranken im neuen Krankenhaus vermindert hat, stellt die Finanz-Kommission den Antrag, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, welche Gründe für den Rückgang der zahlenden Kranken im neuen Krankenhaus vorzubringen sind. Der Referent hebt hervor, daß in der Diakonissen-Anstalt Bethanien die Zahl der zahlenden Kranken erheblich zugenommen hat. — Der Antrag wird angenommen.

Herr Dr. Meyer bittet bei diesem Titel, 3000 Mk. für Herstellung eines Desinfektions-Apparats einzuflellen, da ein solcher Apparat durchaus nötig ist und demnächst darüber doch eine Vorlage des Magistrats zu erwarten ist.

Der Referent bittet, diesem Antrage nicht Folge zu geben, vielmehr erst eine darauf bezügliche Vorlage des Magistrats abzuwarten. Herr Dr. Meyer zieht seinen Antrag zurück.

Titel VI (Polizeiliche Angelegenheiten) erfordert einen Zuschuß von 2843 Mk. 8 Pf., weil im nächsten Jahre die alle 4—6 Jahre wiederkehrende Beschaffung neuer Nachtwächter-Überwölde stattfinden muß, für welche 3456 Mk. in Ausgabe gestellt sind.

Bei Kap. 6 (Unterhaltung der öffentlichen Brunnen) beantragt die Finanz-Kommission, bei dem Magistrat anzufordern, welchen Einfluß die Umwandlung der Röhrenbrunnen in Kesseln innen auf die Qualität und Quantität des Wassers habe. Wird angenommen.

Bei Kap. 4 Pos. 8 (Sprengen der öffentlichen Plätze und Straßen) fragt Herr Tieß, ob für die Sprengung der Straßen nicht mehr verwendet werden könne, da die Sprengung oft sehr unregelmäßig vorgenommen würde und die Sprengwagen oft bei heißem, staubigem Wetter nicht zu sehen wären, während dagegen bei Regenwetter gesprengt würde.

Herr Stadtrath Bock erwidert, daß das Sprengen genau nach Vorschrift geschieht und im Allgemeinen mit großer Sorgfalt ausgeführt wird. Sollten Anträge wegen Erweiterung des Sprengens gestellt werden, so seien diese an den Magistrat zu richten, der erst erwägen müsse, ob eine Erweiterung geboten eiseint.

Titel VII (Verwaltung des Feuerlöschwesens) vermindert sich der Zuschuß um um 5169 Mk. 8 Pf. Nennenswerthe Veränderungen sind nicht anzuführen.

Bei Titel VIII (Unterhaltung allgemeiner, nicht auf Hafen-Kontogehörender Verkehrs-Anstalten) sind Kap. 1 Pos. 5 324 Mk. für Pflasterung eines Ueberganges über den Zimmerplatz beim Selbhausbollwerk eingestellt. Die Finanz-Kommission beantragt, diese Position abzusetzen, da die Ausgabe in diesem Jahre noch nicht nötig erscheint. Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ein von Herrn Winkeljesser auf Beibehaltung der Position gestellter Antrag wieder zurückgezogen ist. Ebenso beantragt die Finanzkommission, die für Umpflasterung der Pommerensdorferstraße zwischen der Verbindungstraße und Weichbildgrenze eingestellte Position von 13,500 Mk. abzusetzen, da auch für diese Ausgabe ein dringendes Bedürfnis nicht vorliege und auch zu erwarten steht, daß die Pferdebahn ein Geleise bis Capcheri lege, wobei die Pflasterung wieder aufgerissen werden müsse. Dagegen beantragt die Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, eine Reparatur der schadhafte Stellen in dieser Straße vorzunehmen.

Herr Bohrisch bittet, die Position stehen zu lassen; eine Reparatur der Straße sei nicht gut ausführbar und ob die Pferdebahn-Gesellschaft sobald ein Geleise bis Capcheri legen lassen werde, sei fraglich. Jener Stadtheil sei bisher stets stiefmütterlich behandelt worden und die Umpflasterung sei auch ein Bedürfnis.

Herr Decker bittet dagegen, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen; an dem betreffenden



Strasenthell liegen nur einige Fabriken, das übrige seien Ackerfläche und der Verkehr ein so geringer, daß Redner, als er kürzlich in jener Gegend war, während einer Stunde weder einen Fußgänger, noch ein Fuhrwerk gesehen habe.

Herr Böhrisch widerspricht dem, indem er darauf hinweist, daß diese Straße während der Geschäftszeit in Folge der an ihr liegenden Fabriken sehr lebhaften Verkehr hat.

Herr Graßmann beantragt, die Posttion abzusehen und bei dem Magistrat anzufragen, ob eine Reparatur möglich und wie hoch sich die Kosten derselben belaufen würden.

Nachdem noch die Herren Tieg, Greffrath und Stadtbaurath Krühl das Wort ergriffen, wird der Antrag der Finanzkommission angenommen.

Für Verbreiterung des Bürgersteiges vor dem Stadt-Gymnasium sind 816 Mk. eingestellt, auch diese Posttion beantragt die Finanz-Kommission zu streichen.

Nachdem die Herren Stadtbaurath Krühl, Graßmann und Braun mit Rücksicht auf die starke Frequenz an jener Stelle für Verbeibaltung der Posttion das Wort ergriffen, wird der Antrag der Finanzkommission mit schwacher Majorität angenommen.

Für Verbreiterung der Altdammerstraße vor dem Dorfscheldtschen Grundstück sind 900 Mk. eingestellt. Da diese Posttion jedoch von dem Magistrat unter der Voraussetzung eingestellt ist, daß Herr Dorfscheldt als Besitzer des angrenzenden Grundstücks die Hälfte der Anlagelosten erstatten muß, diese Voraussetzung aber thatsächlich nicht richtig ist, beantragt die Finanzkommission, auch diese Posttion zu streichen. Nach kurzer Debatte wird auch dieser Antrag angenommen.

Bei Kap. 3 (Unterhaltung der Entwässerungs-Anlagen) spricht Herr Graßmann seine Verwunderung aus, daß bei den Vorlagen wegen Genehmigung neuer Kanalisations-Anlagen stets hervorgehoben würde, daß die Verzinsung der Anlagelosten durch die Anschlußerklärungen sicher seien, während nach dem Etat-Entwurf die Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Der Referent erklärt, daß in der inneren Stadt nur neue Kanäle gemacht würden, wenn die Verzinsung der Anlagelosten gesichert sei, dagegen seien früher vor dem Königsthor Kanalisations-Anlagen angelegt worden, um dort eine größere Bau-thätigkeit hervorzuheben, und diese Anlagen verzinsten sich jetzt noch nicht voll.

Herr Tieg fragt an, auf welche Weise die Zinsen für das Anlagekapital aufgebracht werden sollen, wenn die neugebauten Häuser in jener Gegend den Anschluß verweigern würden.

Der Referent erklärt, daß diesen Häusern dann auch das Wasser entzogen würde. Herr Graßmann hält diesen Zwang nicht für durchführbar, die Stadt sei dann verpflichtet, Brunnen in gehöriger Zahl anzulegen; so lange dies nicht geschehen, könne sie gesetzlich zur Vergabe von Wasser aus der Leitung gezwungen werden.

Titel IX. (Unterhaltung der Hafen- und Handels-Anstalten) erfordert trotz der um 10,000 M. höher veranschlagten Einnahmen an Hafen- und Bollwerkgebühren einen Mehrzuschuß von 36,451 M. 60 Pf., wovon 31,000 M. auf die an das Extra-Ordinarium für abgebrochene Baulichkeiten zu erstattenden Summen, 15,000 M. auf die Mehrausgabe für Baggerungen entfallen, während die Mehrausgabe für Unterhaltung der vorhandenen Bollwerke mit 9000 M. durch den Wegfall der gleich hohen Ausgaben für den Bau zweier Waage-Schuttdächer, welche im verfloffenen Jahre zur Ausführung gelangt sind, Ausgleichung findet. Bei diesem Titel fragt die Finanzkommission beim Magistrat an, wem die Einnahmen aus den städtischen Krähen und den Waageanstalten zustieken. Herr Stadtrath Böd erwidert, daß es gesetzlich nicht gestattet sei, ein Krähngeld zu erheben, ebenso wenig brächten die Waagen Einnahmen.

Herr Tieg stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, Versuche anzustellen, ob es nicht billiger wäre, für die hölzernen Pfahlgruppen (für deren Unterhaltung und Bekämpfung im Etat 18,700 M. ausgeworfen sind) eiserne Boen zur Befestigung der Schiffe zu erbauen. Der Antrag wird angenommen.

Für Herstellung eines leichten Bollwerks längs der sogenannten Bleistrift an der Barnitz sind 1600 M. und für Pflasterung des Weges zwischen Barnitz und den Stevenson-Gollmer'schen Backhöfen 2500 M. ausgesetzt. Herr Decker beantragt, diese Posttion abzusehen und den Magistrat um eine neue Vorlage zu ersuchen, in welcher die Ausführung dieser Anlagen nur bis zu den städtischen Backhöfen in Aussicht genommen wird. Dieser Antrag wird gleichfalls angenommen.

Bei Titel X. (Staatliche und Provinzial-Angelegenheiten) ermäßigt sich der Zuschuß um 2175 M., da bei den Ausgaben für das Militärwesen 2000 M. Zuschuß an Selbstmietler in Wegfall kommen.

In Titel XI. (Verwaltung der städtischen Liegenschaften durch Selbstbewirtschaftung) sind die Einnahmen aus der Forstverwaltung um 19,304 M. 50 Pf. niedriger, die Ausgaben dagegen nur um 2212 M. 32 Pf. geringer veranschlagt, so daß der Ueberschuß 17,092 M. 18 Pf. weniger betragen wird. Dies Minus erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß in dem diesjährigen Etat, da kein Holz mehr nach dem Holzhoße geliefert wird, durchgehends nur die Holzpreise der Forstare eingestellt sind, während in den früheren Etats und auch noch im vorigen für das nach dem Rathesholzhoße gelie-

ferte Holz den Forsten die hiesigen Durchschnitts-Marktpreise gutgeschrieben wurden.

Bei diesem Titel beantragt die Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, die Nothwendigkeit der von den Forstern vorgeschlagenen Reparaturen an den Forsthäusern stets von einem Mitgliede der Dekonomie-Deputation bescheinigen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Herr Graßmann fragt an, welchen Grund es habe, daß die Erträge aus der Forstverwaltung bedeutend geringer seien als in früheren Jahren, obwohl eine Erhöhung dieser Erträge in Aussicht gestellt worden ist.

Herr Stadtrath Dräger antwortet, daß sich die Erträge thatsächlich wesentlich gebessert haben und nur scheinbar zurückgegangen sind.

Herr Greffrath fragt an, ob das in der Stadt zirkulirende Gerücht auf Wahrheit beruht, daß ein Mehrertrag aus der Forstverwaltung jetzt nur dadurch erzielt würde, daß die Umtriebszeit herabgesetzt sei.

Herr Stadtrath Dräger stellt dies auf das Entschiedenste in Abrede.

Titel XII. (Verpachtung und Vermietung von Grundstücken und Häusern) schließt mit einem Ueberschuß von 9475 M. 8 Pf. ab. Die bei diesem Titel von der Finanzkommission beantragte Streichung der Posttion von 120 M. für Kosten der Rasen für Wolfshorster Wiesenverpachtung und zu den Graben-Abnahmen wird angenommen, ebenso die von Herrn Rabow beantragte Herabsetzung verschiedener Posttionen.

Bei Titel XIII. (Aus aufgehobenen Eigentums-Verhältnissen) und bei Titel XIV. (Gasanstalts-Betrieb) sind keine bemerkenswerthen Aenderungen vorgenommen.

Nach Erledigung der Berathung dieser Titel wird gegen 9 Uhr ein von Herrn Greffrath gestellter Vertagungs-Antrag angenommen und die weitere Berathung des Etats bis Dienstag vertagt.

Stettin, 25. März. In der gestrigen General-Versammlung der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft, eingetragene Genossenschaft zu Stettin, unter Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Herrn von Osten, erstattete der Vorstand den Geschäftsbericht für 1881. Derselbe wies darauf hin, daß es der 10. Jahresbericht sei und sich daraus wieder der ruhige, sichere Fortschritt der Gesellschaft ergebe. Nach dem ersten Jahresbericht für 1872 befanden sich 1,500,000 Mark 5prozentiger Pfandbriefe in Umlauf, dagegen Ende 1873: Mark 3,600,000 5prozentige, Mark 330,000 4 1/2 prozentige; Ende 1880: Mark 18,800,000 5prozentige, Mk. 6,300,000 4 1/2 prozentige, 45,000 Mk. 4prozentige und endlich Ende 1881: Mark 13,700,000 5prozentige, Mark 10,000,000 4 1/2 prozentige und Mark 3,700,000 4prozentige. Die Direktion war, wie sich hieraus ergibt, bemüht, den Abgang von Pfandbriefen mit niedrigem Zinsfuß möglichst zu befördern und ist ihr Streben erfolgreich gewesen. Es konnte dadurch bei neuem Beleihungen der Zinsfuß für Hypotheken-Darlehen herabgesetzt werden und auch bei älteren Darlehen gegen eine entsprechende Entschädigung ermäßigt werden. Die Forderung der Entschädigung war nöthig, weil die Ausgabe von Pfandbriefen mit niedrigem Zinsfuß große Kosten verursachte, welche gleich in Abzug gebracht werden mußten und den Jahres-Reingewinn bedeutend schmälerten. Viele andere Gesellschaften haben ein besonderes Disagio-Konto angelegt und so diese Kosten auf eine längere Reihe von Jahren vertheilt, was auch gewissermaßen gerechtfertigt erscheint, weil erst in späteren Jahren daraus Gewinn erwächst. Würden wir dies auch thun, so wäre der Reingewinn des Jahres 1881 von 102,750 Mark mehr als verdoppelt worden. Selbst der Pommerschen Landschaft hat die Konvertirung der 4 1/2 proz. in 4proz. Pfandbriefe ca. 2 Prozent Kosten verursacht, und bei uns handelt es sich um Verminderung der 5proz. Pfandbriefe durch Ausgabe von 4prozentigen. Im verfloffenen Geschäftsjahre haben sich die Verhältnisse des Grundbestandes wieder etwas gebessert, wie sich aus den größeren Darlehenszurückzahlungen und Abnahme der Subhastationen ergibt. Aus ersterem ergab sich eine verstärkte Verlosung der kurrendenden Pfandbriefe. Bei Subhastationen waren wir in 31 Fällen theilhaft, wobei wir 5 Grundstücke erwerben mußten. Wenn wir auch keine Verluste dabei erwarten, so haben wir doch zu Gunsten des Grundstücks-Konto 50,000 Mark vom Reingewinn abgeschrieben. Die vorjährige General-Versammlung hatte Statuten-Aenderungen beschlossen, welche die königliche Regierung bis auf 2 genehmigte. Dieselbe lehnte die Herabsetzung der Armoitifikations-Beiträge von 1/2 auf 1/3 pCt. ab und hat die Genehmigung einer Beleihung städtischer Grundstücke bis zum 10fachen Nutzungswert an die Bedingung geknüpft, daß die Gesellschaft auf Beleihungen mit künftbaren Darlehen verzichte. Der Vorstand schlägt vor, auf diese beiden Aenderungen zu verzichten und sich mit den übrigen Statuten-Aenderungen zu begnügen. Wenn auch jetzt keine neuen künftbaren Darlehen gegeben und die älteren thunlichst verringert werden, so ist doch möglich, daß in einzelnen Fällen ein kleineres künftbares Darlehen auf kürzere Zeit durchaus gerechtfertigt sei und daher das Recht zur künftbaren Beleihung erhalten bleiben müsse, zumal die Beleihung städtischer Grundstücke zum 10fachen Nutzungswert nur in besten Lagen großer Städte durchführbar sei. Daß der Vorstand die künftbaren Beleihungen möglichst einschränkt, zeigt ein Vergleich der Jahre 1877, 1879 und 1881. Es waren gegeben: Ende 1877 Mark 21,736,234 unkünftbar und Mark 1,826,488 künftbar, Ende 1879 Mark 23,532,629 unkünft-

bar und Mark 1,199,903 künftbar und Ende 1881 Mark 27,838,833 unkünftbar und Mark 793,500 künftbar, so daß in den 3 Jahren 8,4 resp. 5,1 und 2,8 pCt. des unkünftbaren Darlehens künftbare Darlehne waren. Ende 1880 hatte die Gesellschaft, 1244 Mitglieder, Ende 1881 1285 Mitglieder worunter 128 Rittergutsbesitzer, 154 Gutsbesitzer, 161 Banergutsbesitzer, 509 städtische Grundbesitzer und 333 Kaufleute, Rentiers etc. Dieselben besitzen 3008 Geschäftsanteile à 300 Mark gleich 902,400 Mark. An Effekten waren vorhanden: an Reichs- und Staats-Anleihen, an Landschafts-Pfandbriefen, an Eisenbahn-Prioritäten und Obligationen 2,109,400 Mark mit einem Kurswerthe von 2,131,414 Mark. Der Wechsel-Vorstand betrug 100,802 Mark, Deposten 653,741 Mark, neue Deposten und Spargelder werden nicht angenommen, dagegen die älteren zurückgezahlt. Dieselben betragen 1877 Mark 1,398,681, sind also jetzt auf die Hälfte vermindert und werden in einigen Jahren ganz verschwunden sein. Der Reservefonds ist im Laufe des Jahres von Mark 263,154 auf Mark 284,544 gestiegen und der Extra-Reservefonds von 109,000 Mark intakt geblieben. Im Laufe des Jahres 1881 gingen 163 Anträge auf Beleihung ländlicher und 130 auf Beleihung städtischer Grundstücke, Sa. 293 Anträge auf Mark 15,899,829 ein, realisiert wurden 77 Beleihungen mit Mark 2,967,169. Am Schluß des Jahres 1880 waren 826 Grundstücke mit Mark 27,018,351 beleihend, am Schluß des Jahres 1881 862 Grundstücke mit Mark 28,632,333. Die einzelnen Darlehne betragen daher im Durchschnitt 33,216 Mark und fallen auf die Provinz Posen ca. 10,000,000 Mark, Pommern 8,500,000 Mark, Preußen 6,000,000 Mark, Brandenburg 2,500,000 Mark, Schlesten 1,000,000 Mark und auf die übrigen Provinzen kleinere Beträge. Die General-Versammlung genehmigte die von den Revisoren geprüfte Bilanz, ertheilte dem Aufsichtsrathe Decharge und bewilligte für die Geschäfts-Anteile eine Dividende von 8 pCt. und den Genossenschafts-Hypothekenschuldnern einen Gewinn-Anteil von 2/3 pro Mille ihrer mindestens seit einem Jahre bestehenden Hypothekenschuld. Es wurden zu Mitgliedern des Aufsichtsraths die Herren Lemke und Toepper gewählt und die Statuten-Abänderung nach dem Vorschlage des Vorstandes beschlossen.

Die in den letzten Tagen liegende Winterzeit überschüttet uns vor ihrem Scheiden noch mit Konzerten aller Art und es wird den Kunstfreunden schwer genug gemacht, sich für das beste zu entscheiden. Daneben ist das Stadttheater mit seinen jetzt etwas rasch folgenden Benefiz-Vorstellungen ein bemerkenswerther Konkurrent. Am Sonntag findet in der Abendsalle ein zweites Konzert des mit so großem Erfolge aufgetretenen Künstler-lesblatts Fräulein Argéni, Dr. W. Kienzl und N. Saha statt. Wir empfehlen es ganz besonderer Beachtung. Am Montag folgt in denselben Räumen das erste öffentliche Auftreten der philharmonischen Gesellschaft, die, seitdem Herr Kapellmeister R. Eilenberg an ihre Spitze getreten ist, sich erst ihrer höheren Pflichten bewußt geworden zu sein scheint. Sie führt sich mit einem zum Besten der hier ins Leben zu rufenden „Ferien-Kolonien“ arrangirten gemischten Konzert ein, an dessen Ausführung sich u. A. auch die bekannte und beliebte Sängerin Fräulein Kuchler sowie Herr Opernsänger Marion betheiligen. Am Dienstag tritt die Akademie für Kunstgesang wieder an die Öffentlichkeit und zwar zum Vortheile des Frauenvereins für verschämte Arme. Herr Direktor Kabisch ist ein großes Auditorium gewohnt und wird von der Ungunst oder Gunst der Witterung in seinen Unternehmungen nicht beeinflusst. Ein der größten Unternehmung werthes Konzert findet dann noch am 1. April von dem blinden Pianisten Herrn Mar Wegener statt. Unserem Publikum ist der begabte Spieler schon aus seinen früheren Konzerten her bekannt und glauben wir, daß dasselbe ihm auch in dieser Saison sein Wohlwollen nicht entziehen wird. Wo wäre es wohl mehr am Plage als hier?

Zum Besten der zu gütenden Ferien-Kolonie veranstaltet der Dilettanten-Verein „Minerva“ am Sonntag im Deutschen Garten eine Theater-Vorstellung und verspricht außerdem durch „Gymnastik, Athletik und Mimik“ Abwechslung. Mit Rücksicht auf den guten Zweck und auf die Vielseitigkeit der versprochenen Leistungen dieses anscheinend „deklamatorisch-gymnastischen“ Vereins ist wohl ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

### Stadt-Theater.

Das Benefiz der Frau Dittlie Heinze-Flinzer, das am Donnerstag Abend stattfand, war ein höchst materieller Erfolg für einige bewor-zugte — Gärtner unserer Stadt. Hatten wir längst schon unserem Erstaunen Ausdruck zu geben über die hier so ungewöhnliche Auszeichnung durch Blumenpenden, es war dies bei dem Vortheils-abend des Fräulein Lichtenegg, so kennen wir heute unsere Vaterstadt einfach nicht wieder. Daß Frau Heinze in der Gesellschaft gut eingeführt und beim großen Theaterpublikum beliebt ist, wissen wir und hat uns in ihrem eigenen wie dem Interesse des von ihr vertretenen Standes stets gefreut, daß sie indeß ein so bevorzugtes Kind Deider sei, hat uns erst ihr Benefizabend gelehrt. Wir waren nicht im Stande, die ihr gewordenen Kränze, Bouquets und Blumenkörbe zu zählen, greifen aber nur die Minimalzahl, wenn wir angeben, daß es gut und gern 9 prächtige, ja zum Theil köstliche und kostbare Vorbeerkranze und ebenso viele andere Blumenstücke waren. Die Benefiziantin wurde mit einem wahren Blumenhagel empfangen und war überdies davon überrascht, daß ihr die vor Freuden

eingeschürte Kette anfangs den Dienst verweigerte. Es wurde „Fra Diavolo“ gegeben und hatte Fr. Heinze mit ihrer Zerline einen Abscheer auf das Gebiet der Opernbouretten gemacht. Daß sie auf demselben ganz heimisch, ja anheimelnd ist, hat ihre allerliebste Zerline bewiesen. Die Einlagen der italienischen Koloratur-Walzer trugen ihr reichen Beifall ein. Auch Herr Heinze (Fra Diavolo) wurde mit demselben in schmeichelhafter Weise beachtet und mußte das in seiner Einfachheit so an-muthige Luther'sche Lied „In dunkler Nacht“ auf Verlangen da capo singen. Herr Marion (Lorenzo) befriedigte besonders in den beiden letzten Akten. Herr Fronea that als Bandit Vello ein wenig des Guten zu viel. Fra Diavolo ist von „Auber“ und eine „Oper“, das möge man doch stets bedenken. — Das Haus war besonders im ersten Rang sehr gut besucht und ehrte die Benefiziantin mit anhaltenden Beifallsrufen. Die Balletzugabe fand freundlichste Aufnahme.

H. v. R.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Die Fledermaus.“

### Telegraphische Depeschen.

Bunzlau, 24. März. Bei der Ersatzwahl eines Reichstags-Abgeordneten für den 4. Liegnitzer Wahlkreis wurde nach amtlicher Feststellung Fabrikbesitzer Richter in Mühlradlitz (Fortschritt) mit 5588 von 11,066 abgegebenen Stimmen gewählt.

München, 25. März. Heute früh brach im hiesigen Aquarium eine Feuersbrunst aus, welche einen Theil des inneren Gebäudes zerstörte; eine große Anzahl von Thieren, darunter besonders Vögel und Affen, sind dabei umgekommen.

Petersburg, 24. März. Dem anlässlich des Geburtstages des Kaisers Wilhelm stattgehabten Diner in Gatschina haben, wie dem „Herold“ gemeldet wird, außer den Mitgliedern der kaiserlichen Familie, der deutschen Botschaft und dem Staatssekretär Giers noch beigewohnt: Der frühere Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Adlerberg II. nebst Gemahlin, der gegenwärtige Hausminister, Graf Woronzow-Dasslow nebst Gemahlin, Generaladjutant Woskrow und der Hofmarschall von Grote. Zu den Seiten des Kaisers saßen die Großfürsten Olga Feodorowna und die Gemahlin des deutschen Botschafters. General von Schweinitz saß neben der Kaiserin, an deren anderer Seite Großfürst Nikolai Nikolajewitsch Platz genommen hatte. Während der Tafel erhob sich der Kaiser und brachte folgenden Trinkpruch in französischer Sprache aus: „Ich trinke auf das Wohl meines besten Freundes und Verbündeten, Sr. Majestät des deutschen Kaisers! Möge Gott ihm noch lange Jahre jähren zum Heil seines Landes und zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa!“

Der „Neuen Zeit“ zufolge haben die 3 Regimenter, deren Chef Kaiser Wilhelm ist, sehr herzlich gefasste Glückwünsche-Telegramme an denselben abgefangen.

Der gestrige Rout bei dem deutschen Botschafter, zu welchem das gesammte diplomatische Korps geladen war, verlief äußerst glänzend.

Petersburg, 24. März. Die der „Regierungsanzeiger“ aus Taschkent meldet, fand am 22. d. M. durch die beiderseitigen Bevollmächtigten die Unterzeichnung des Protokolls statt, nach welchem das Ali Territorium definitiv den Chinesen übergeben wird. Diejenigen Bewohner, welche auf russisches Gebiet übersiedeln wünschen, genießen noch eine Zeit lang russischen Schutz; die Einwanderung hat bereits begonnen.

Ragusa, 23. März. Der Bandenführer Kofski, welcher in Grahovo eingetroffen war, ist auf Befehl der montenegrinischen Regierung festgenommen und nach Cetinje ins Gefängniß gebracht worden.

London, 23. März. Das Oberhaus nahm eine Adresse an die Königin aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung des Prinzen Leopold einstimmig an. Lord Redesdale beantragte die bekannte Eidesbill behufs Ausschließung der Atheisten vom Parlament. Lord Shaftesbury beantragte, zunächst zur Vorfrage überzugehen, das Haus beschloß einstimmig demgemäß. Von den Rednern wurde betont, daß die Bill das Gegentheil des gewünschten Ergebnisses zur Folge haben werde.

Im Unterhause beantragte der Premier Gladstone, der jetzigen Annuität des Prinzen Leopold bei seiner Vermählung weitere 10,000 Pfund jährlich hinzuzufügen und für die Prinzessin-Bräut desselben die event. Wittwengelder auf 6000 Pfund jährlich festzusetzen. Northcote unterstützte den Antrag Gladstone's. Labouchere beantragte die Ablehnung desselben. Der Antrag Gladstone's wurde nach ziemlich lebhafter Debatte mit 387 gegen 42 Stimmen angenommen. Schließlich wurde die Berathung über die Reform der Geschäftsordnung fortgesetzt und nach fünfstündiger Debatte wieder vertagt.

London, 23. März. Der Prinz und die Prinzessin von Wales besichtigten am Mittwoch die Tunnelbauten bei Dover. Ueber 1300 Meter des Tunnels sind vollendet. Die Bohrmaschine arbeitet noch immer in harter Kreide.

London, 24. März. Bei dem gestrigen Jahresfeste der Gesellschaft zur Unterstützung nothleidender Ausländer unter dem Vortheile des deutschen Botschafters, Grafen Münster, beglückwünschte Kardinal Manning bei Ausbringung eines Toastes auf die fremden Souveräne, welche Protektoren der Gesellschaft sind, den Grafen Münster in den herzlichsten Ausdrücken anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers.